

Soziales

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Kein Randphänomen

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Stubenring 1, A-1010 Wien ▪ **Verlags- und Herstellungsort:** Wien ▪ **Druck:** Sozialministerium ▪ **ISBN:** 978-3-85010-373-2 ▪ **Redaktion:** agnes streissler – wirtschaftspolitische projektberatung e.U., 1090 Wien; Sozialministerium, Abt. V/B/4 ▪ **Titelbild:** © istockphoto.com/bmask ▪ **Stand:** Oktober 2015

Alle Rechte vorbehalten: Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z. B. Internet oder CD-Rom.

Zu beziehen ist die Publikation über das kostenlose Bestellservice des Sozialministeriums unter der Nummer 0800 20 20 74 sowie unter der Internetadresse: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at>

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG: KEIN RANDPHÄNOMEN

Österreich ist ein wohlhabendes Land. Dennoch gibt es auch hierzulande Armut, die in unterschiedlichen Formen auftritt. Nur in Ausnahmefällen bedeutet Armut Hunger und Obdachlosigkeit, sehr wohl gibt es aber Menschen, deren Einkommen weit unter dem österreichischen Durchschnitt liegen. Für (zu) viele Menschen in Österreich ist es schwierig, diejenigen Grundbedürfnisse abzudecken, die in Österreich als Mindeststandard gelten. Armut bedeutet häufig auch, nicht ausreichend Erwerbsarbeit zu haben, um in die damit verbundene Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung eingebunden zu sein.

Insgesamt sind in Österreich über eineinhalb Millionen Menschen bzw. 19% der Bevölkerung auf die eine oder andere Art von Armut betroffen. Der EU-weite Durchschnitt beträgt 25%. Österreich hat also im Europavergleich eine unterdurchschnittliche Betroffenheit von Armut. Dies liegt unter anderem daran, dass Österreich ein hohes wirtschaftliches Niveau aufweist und das Sozialleistungssystem so gestaltet ist, dass Armut deutlich reduziert wird.

Die sozioökonomische Herkunft bestimmt wesentlich mit, wie hoch das Armutsrisiko ist: Frauen, Familien mit mindestens 3 Kindern, Ein-Eltern-Haushalte, MigrantInnen, Personen mit geringem Bildungsniveau – sie alle haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Hier wird auch in Zukunft die Sozialpolitik ansetzen müssen, um Chancen in der Gesellschaft fairer zu verteilen.

Was ist Armut?

Armut ist ein erzwungener Mangel

Amartya Sen, ein Nobelpreisträger für Ökonomie, hat Armut als den erzwungenen Mangel an Verwirklichungschancen in einer Gesellschaft definiert. Menschen gelten dann als arm und sozial ausgegrenzt, wenn sie in beträchtlichem Ausmaß von den ökonomischen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind, die der jeweilige Entwicklungsstand einer Gesellschaft allen Bürgerinnen und Bürgern bieten könnte.

Aber wie misst man Armut?

Die EU-Staaten haben sich im Rahmen der „Europa-2020 Strategie“ auf eine gemeinsame, umfassende Definition von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geeinigt.

Diese wird an drei verschiedenen Kriterien gemessen:

1. **Einkommensarmut:** Personen in Haushalten, in denen das Pro-Kopf Haushaltseinkommen weniger als 60% des mittleren Einkommens ausmacht, werden als einkommensarm bezeichnet. (Zur Definition siehe Anhang.)

2. **Nichtleistbarkeit von Grundbedürfnissen (materielle Deprivation):** Personen in Haushalten, für die eine Anzahl an Grundbedürfnissen nicht leistbar ist, gelten als „erheblich materiell depriviert“. Dies ist dann der Fall, wenn für sie mindestens vier der neun Merkmale finanziell nicht leistbar sind:
 - unerwartete Ausgaben tätigen
 - einmal im Jahr auf Urlaub fahren
 - die Wohnung angemessen warm halten
 - jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise essen
 - ein Auto
 - eine Waschmaschine
 - ein Fernsehgerät
 - ein Telefon/Handy
 - Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.
3. **Erwerbslosigkeit:** Personen in Haushalten mit keiner oder geringer „Erwerbsintensität“. Das sind Personen unter 60 Jahren, die in (beinahe) erwerbslosen Haushalten leben (berechnet auf Grundlage aller Personen im Erwerbsalter zwischen 18 und 59 Jahren; ausgenommen Studierende).

Gehören Personen zu mindestens einer dieser drei Gruppen, sind sie laut dieser Definition „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“.

Einkommensarmut

Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdungslücke

Alle Personen, die in Haushalten leben, die ein monatliches Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung haben, gelten als einkommensarm. Die Armutsgefährdungsschwelle in Österreich lag 2014 bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.161 EUR für eine Person (statistische Details siehe Anhang). Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich diese Schwelle um 580 Euro, für jedes Kind unter 14 Jahren um 348 Euro.

Ca. 1.200.000 Personen sind in Österreich dieser Definition gemäß einkommensarm. Viele dieser Menschen leben aber in Haushalten, die erheblich weniger Einkommen als die statistische Einkommensarmut haben. Im Schnitt liegt das Einkommen armutsgefährdeter Haushalte um 20% unter der Armutsgefährdungsschwelle. Diese Differenz wird als Armutsgefährdungslücke bezeichnet. Anders gesagt: Ein durchschnittlicher einkommensarmer Einpersonenhaushalt bräuchte mindestens 233 EUR monatlich mehr, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

Risikofaktoren der Einkommensarmut

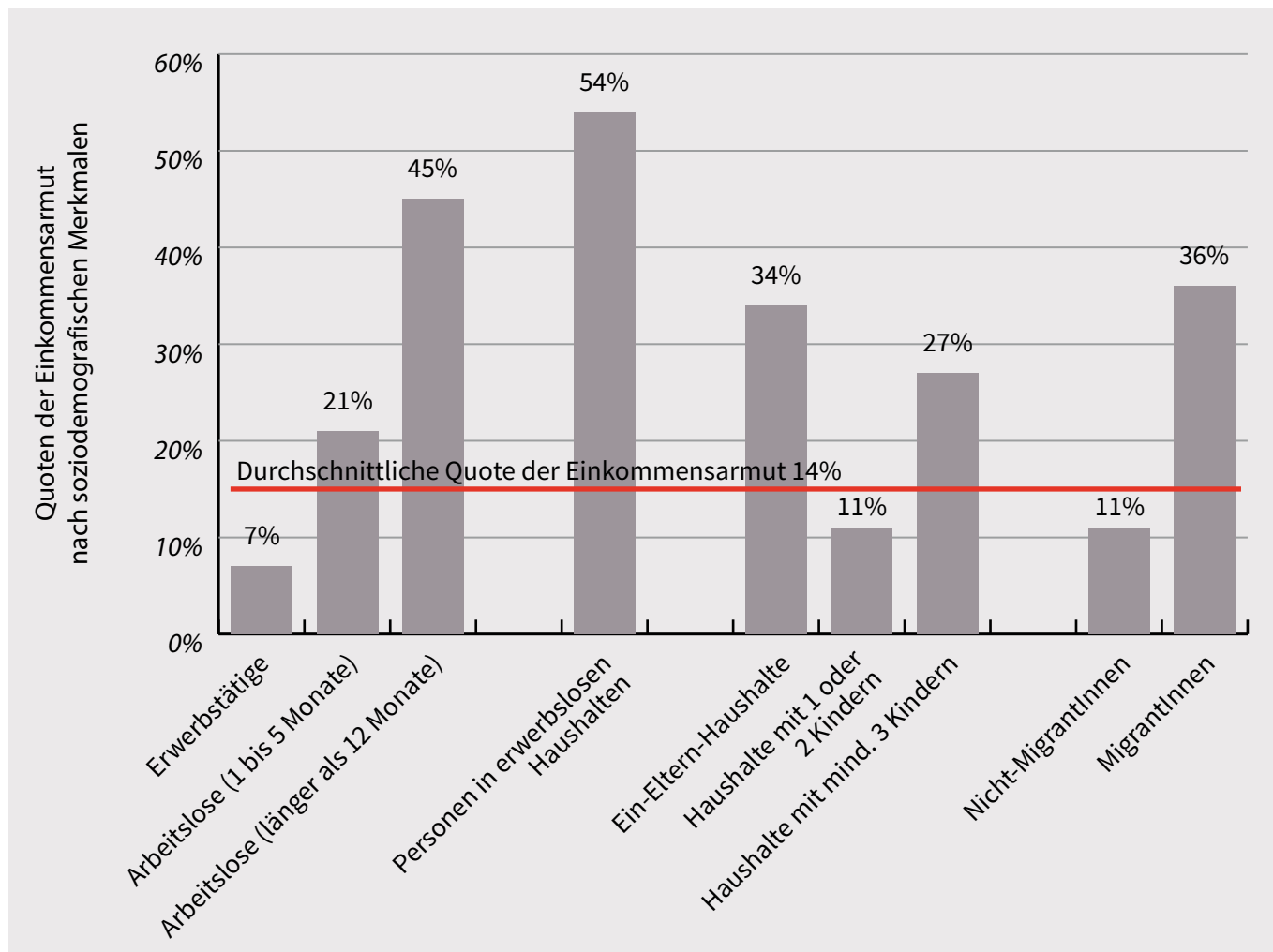
Es gibt bestimmte Risikofaktoren, die es erheblich wahrscheinlicher machen, ein zu geringes Einkommen zu haben. Diese Faktoren können sich auf die Person selbst beziehen oder auf den Haushalt, in dem sie lebt. Einkommensarmut wird also von der Haushaltszusammensetzung und der Summe der Einkommen aller Personen in diesem Haushalt bestimmt.

Besonders Personen in Ein-Eltern-Haushalten und in Familien mit drei oder mehr Kindern sind häufiger von Einkommensarmut betroffen. Auch alleinlebende Frauen (mit und ohne Pension) haben ein höheres Armutsrisiko.

Vor allem ist aber Erwerbstätigkeit ein wirksamer Schutz vor Armutsgefährdung: Erwerbstätige haben im Durchschnitt ein Einkommensarmutsrisiko von 7%. Arbeitslose haben hingegen ein deutlich höheres Risiko: Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, umso mehr steigt es. In Haushalten mit langzeitarbeitslosen Personen sind 45% einkommensarm. Personen, die in Haushalten leben, in denen keiner der erwerbsfähigen Personen beschäftigt ist, haben ein Armutsrisiko von über 50%.

Da der Zugang zu stabilen und besser entlohnten Arbeitsplätzen mit Bildung zusammenhängt, hat auch das Qualifikationsniveau Einfluss auf das Armutsrisiko: Wer nur einen Pflichtschulabschluss hat, ist überdurchschnittlich einkommensarm. Ebenso haben Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft ein deutlich höheres Einkommensarmutsrisiko.

Vor allem mangelnde Erwerbstätigkeit erhöht das Armutsrisiko beträchtlich



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014

Sozialleistungen und Pensionen kommen in Österreich fast allen zugute ...

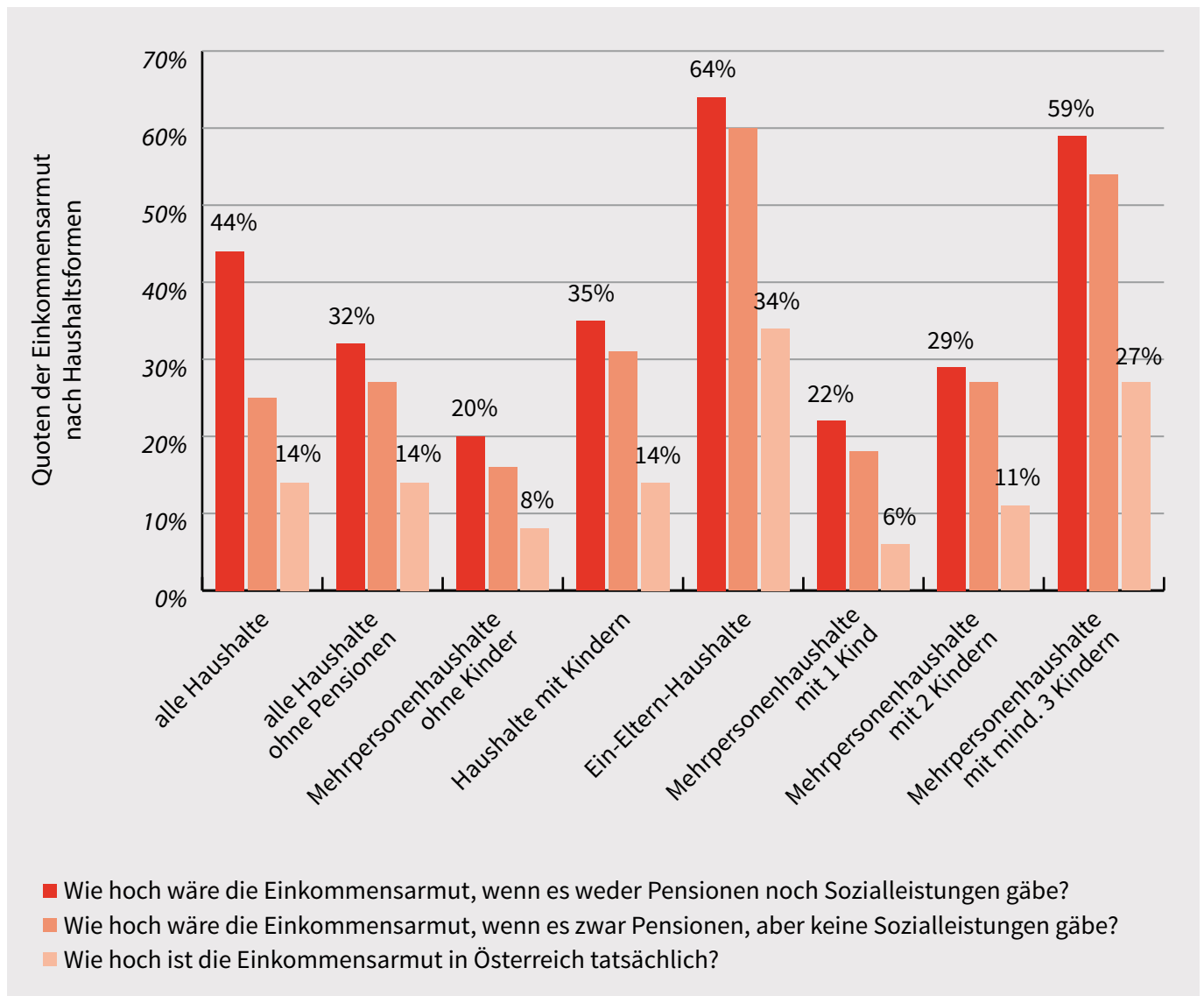
In einem funktionierenden Sozialstaat wird über die Einnahme von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Ausgabe von Sozialleistungen umverteilt und damit Armut verringert. Das gilt auch für Österreich. Wichtig dabei ist, dass Sozialleistungen überwiegend universelle oder sozialversicherungsrechtliche Leistungen sind. Anspruch darauf haben nicht nur armutsgefährdete Menschen, sondern sie kommen einem Großteil der Bevölkerung zugute. Nur ein kleiner Teil aller Geldleistungen (weniger als 5%) werden als bedarfsgeprüfte Leistungen ausschließlich einkommensschwachen Personen ausbezahlt.

... und tragen doch erheblich zur Armutsreduktion bei

Obwohl die meisten Sozialleistungen nicht nur ärmeren Menschen zugutekommen, sind sie für einen Großteil der Bevölkerung unverzichtbar, um Armut vorzubeugen.

Ohne Sozialleistungen und Pensionen besteht das Einkommen eines Haushalts allein aus Erwerbseinkommen, Vermögenseinkommen und privaten Einkommen (z.B. Unterhaltszahlungen). In diesem Fall wären 44% aller Personen in Österreich armutsgefährdet. Aufgrund von Pensionen und Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdung um zwei Drittel, von 44% auf 14%. In Haushalten, in denen Pensionen nicht die Haupteinkommensquelle sind, wird durch Sozialleistungen die Armutsgefährdung von 32% auf 14% reduziert. Gerade auch für Haushalte mit Kindern senken Sozialleistungen die Armutsgefährdung erheblich.

Sozialleistungen senken das Armutsrisiko erheblich



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014

Materielle Deprivation: Was sich Haushalte nicht leisten können

Wie man den Lebensstandard messen kann ...

Armut lässt sich nicht nur am Einkommen messen – z.B. muss jemand, der zum Zeitpunkt der Erhebung gerade wenig Einkommen hat, nicht unbedingt arm sein, wenn z.B. auf Ersparnisse zurückgegriffen werden kann. Die Armutsforschung hat daher festgestellt, dass zusätzlich erhoben werden muss, ob mit den vorhandenen Einkommen Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen und Heizen abgedeckt werden können.

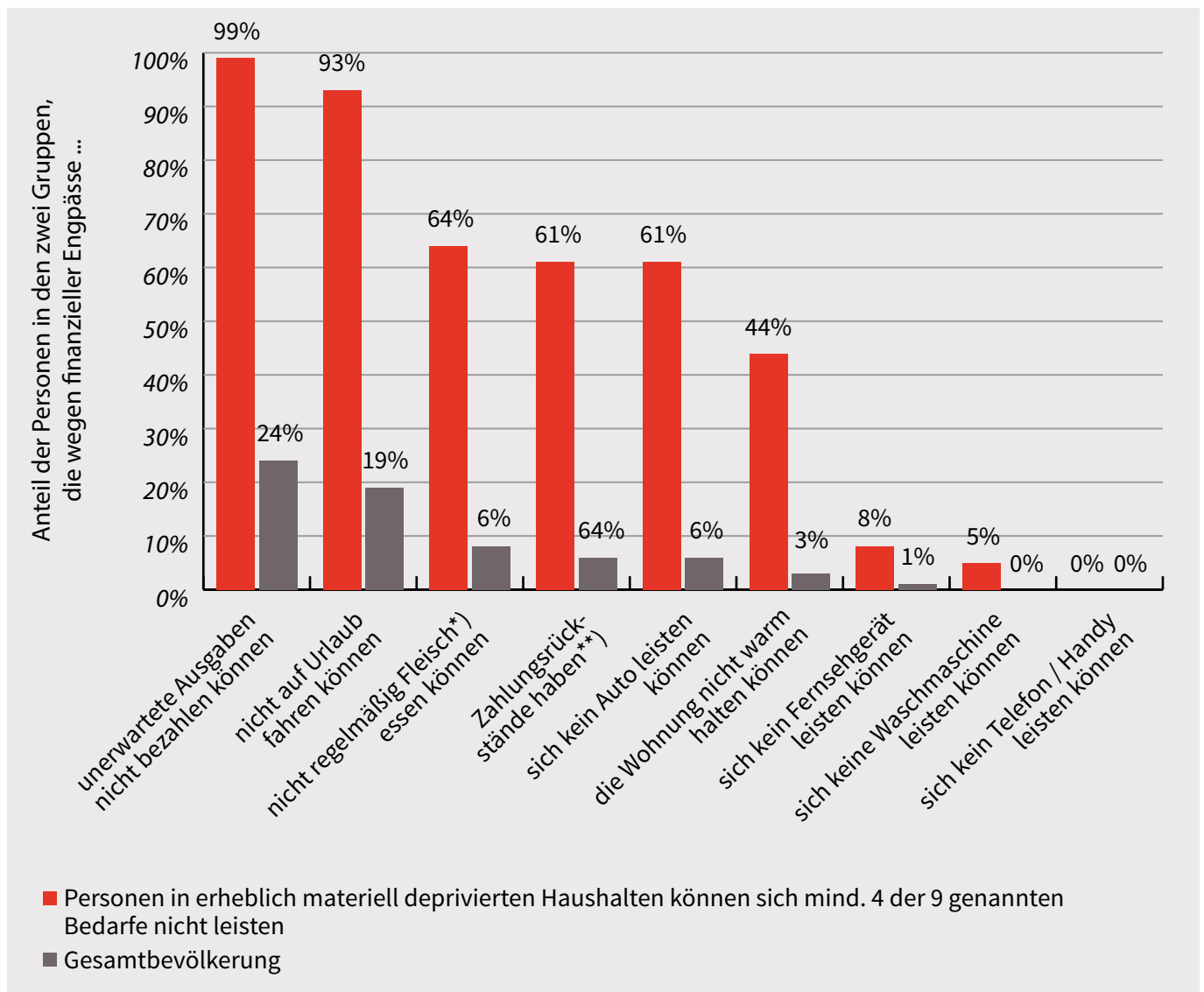
Wie eingangs dargestellt, spricht man nach EU-Definition von erheblicher Deprivation bzw. von „durch Entbehrungen gekennzeichneten Lebenslagen“, wenn sich ein Haushalt zumindest vier von neun zentralen Grundbedürfnissen finanziell nicht leisten kann (siehe dazu Seite 4).

Auch in Teilen der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung sind unerwartete Ausgaben und Urlaub schwieriger zu finanzieren. Allerdings ist hier Entbehrung/Deprivation auf nur wenige Merkmale begrenzt. Der entscheidende Unterschied liegt in der Mehrfachbelastung – diese trennt die absolute Armutslage vom Problem einzelner finanzieller Einschränkungen. 4% der Personen in Österreich sind von mehrfachen finanziellen Einschränkungen betroffen und gelten als „erheblich depriviert“.

... und was die größten Probleme sind

Unter den 340.000 Personen in Österreich, die mit erheblicher Deprivation leben, gibt es nur wenige Menschen, die unerwartete Ausgaben in Höhe von ca. 1.100 EUR (etwa für eine Reparatur oder eine Zahnbehandlung) tätigen oder auf Urlaub fahren können. Knapp zwei Drittel können es sich nicht leisten, regelmäßig Fisch, Fleisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen. Andererseits sind bestimmte Grundbedürfnisse, wie ein Telefon oder Handy, eine Waschmaschine oder ein Fernsehgerät für nahezu die gesamte Bevölkerung, auch für einkommensschwache Personen, leistbar.

Die Leistbarkeit von Grundbedürfnissen ist sehr unterschiedlich verteilt



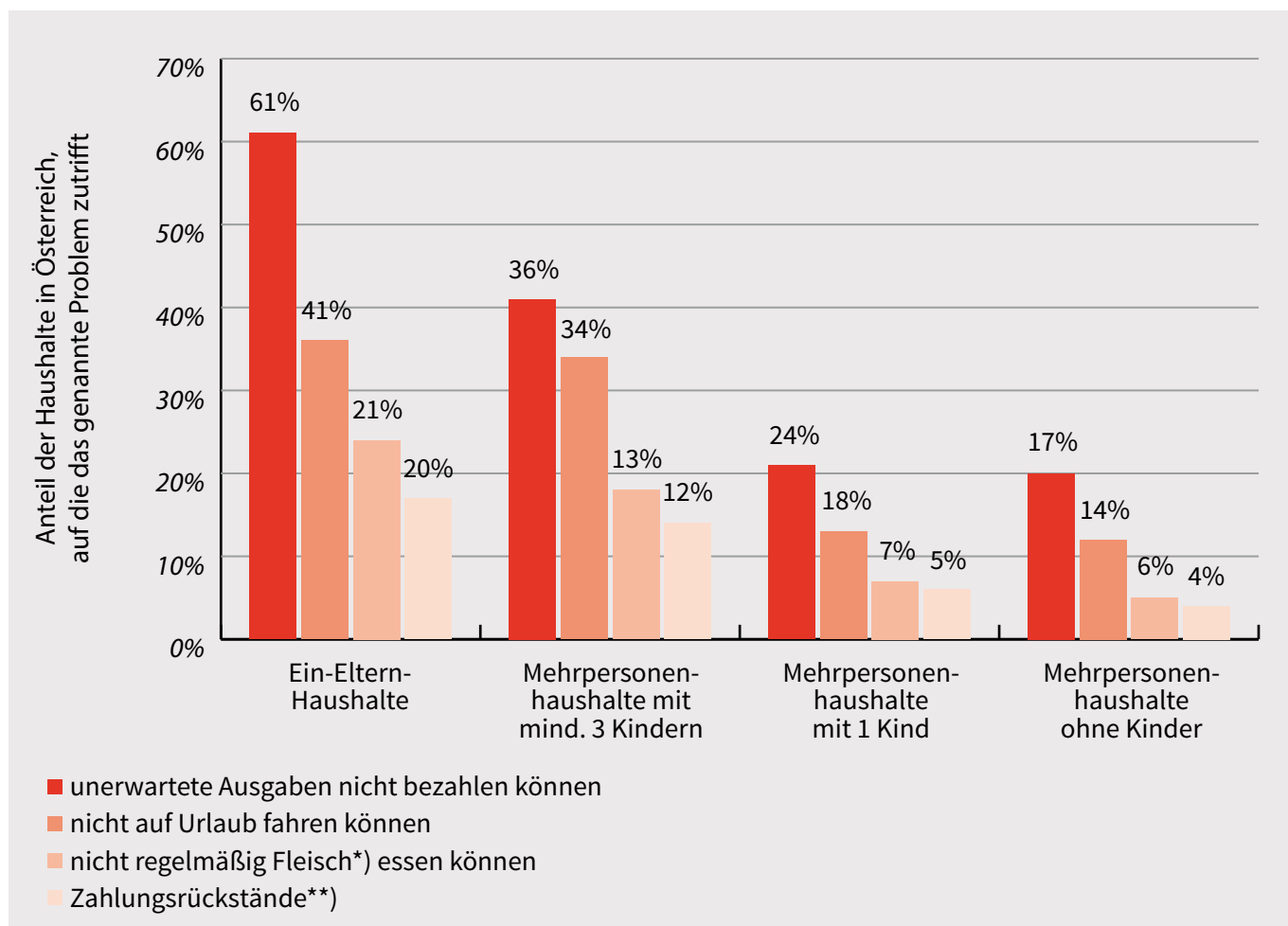
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014. *) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen

***) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditkarten

Höchstes Risiko: Ein-Eltern-Haushalte und kinderreiche Haushalte

Die höchste Quote erheblicher Deprivation wird in Haushalten mit drei oder mehr Kindern und in Ein-Eltern-Haushalten verzeichnet – in solchen Familien zu leben geht mit einer viermal höheren durchschnittlichen Deprivation gegenüber der Gesamtbevölkerung einher.

Für kinderreiche Familien und Ein-Eltern-Haushalte ist wegen finanzieller Engpässe vieles nicht leistbar



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014.

*) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen

**) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditkarten

Erwerbslosigkeit bzw. sehr niedrige Erwerbseinbindung ist das Armutsrisiko Nr. 1

Neben geringem Einkommen und der Nichtleistbarkeit von bestimmten Grundbedürfnissen ist Erwerbslosigkeit eine weitere wichtige Erscheinungsform für soziale Ausgrenzung.

Erwerbsarbeit und ein hoher Beschäftigungsstand sind ein wirksamer Schutz gegen Einkommensarmut und gelten gleichzeitig als grundlegend für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Ist in einem Haushalt niemand erwerbstätig oder schöpft der Haushalt nur insgesamt maximal 20% seines Erwerbspotenzials aus, sind in den meisten Fällen die finanziellen Möglichkeiten sehr stark ein-

geschränkt. Das heißt etwa, wenn in einem Haushalt mit zwei erwerbsfähigen Personen (ausgenommen Studierende) das ganze Jahr über weniger als zusammen 16 Stunden pro Woche gearbeitet wird, so spricht man von Erwerbslosigkeit bzw. sehr niedriger Erwerbsintensität.

Eine halbe Million Menschen mit zu geringem Erwerbseinkommen

2014 lebten 9% der Personen unter 60 Jahren in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität, das sind fast 600.000 Personen.

Mehr als ein Drittel dieser Gruppe entfällt dabei auf die 50- bis 59-Jährigen. Davon beziehen aber einige eine Invaliditätspension und können daher nicht unmittelbar als armutsgefährdet bezeichnet werden. Ohne Personen in Haushalten mit Invaliditätspension leben 8% der Personen unter 60 Jahren in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität.

Was führt zu niedriger Erwerbsintensität?

Es gibt mehrere Gründe, warum diese Personen nicht mehr arbeiten bzw. nicht mehr Arbeitsstunden leisten können.

Ein Problem ist die nicht ausreichende Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Pflegearbeit und Betreuungsaufgaben führen häufig dazu, dass mindestens ein Haushaltsmitglied seine bezahlte Erwerbsarbeit deutlich reduziert.

Erschwerend wirkt es, wenn in dem Haushalt jemand mit Behinderung lebt: Meist kann diese Person nur eingeschränkt arbeiten und andere Erwachsene im Haushalt schränken ihre Erwerbstätigkeit aufgrund der notwendigen Betreuungs- und Pflegeleistung ein.

Wie auch bei den anderen Armutsrisiken ist das Risiko zu niedriger Erwerbsintensität für Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sowie für Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft höher.

Der Hauptgrund für eine niedrige Erwerbstätigkeit liegt in der Langzeitarbeitslosigkeit: 59% der Personen in Haushalten mit niedriger Erwerbstätigkeit sind selbst arbeitslos bzw. leben mit einem Haushaltsmitglied, das zwölf Monate oder länger arbeitslos ist.

Teilweiser Ausgleich über Sozialleistungen

Haushalte mit geringer Erwerbseinbindung sind in besonders hohem Ausmaß von Sozialleistungen abhängig. Für fast drei Viertel in dieser Gruppe sind staatliche Transferleistungen die Haupteinkommensquelle ihrer Haushalte.

Geringe Erwerbsintensität führt zu niedrigen Einkommen: Die Einkommensarmut in dieser Gruppe ist daher mit 54% besonders hoch. Gäbe es keine Sozialleistungen und Pensionen, so wäre das Armutsrisiko für diese Gruppe gar 94%!

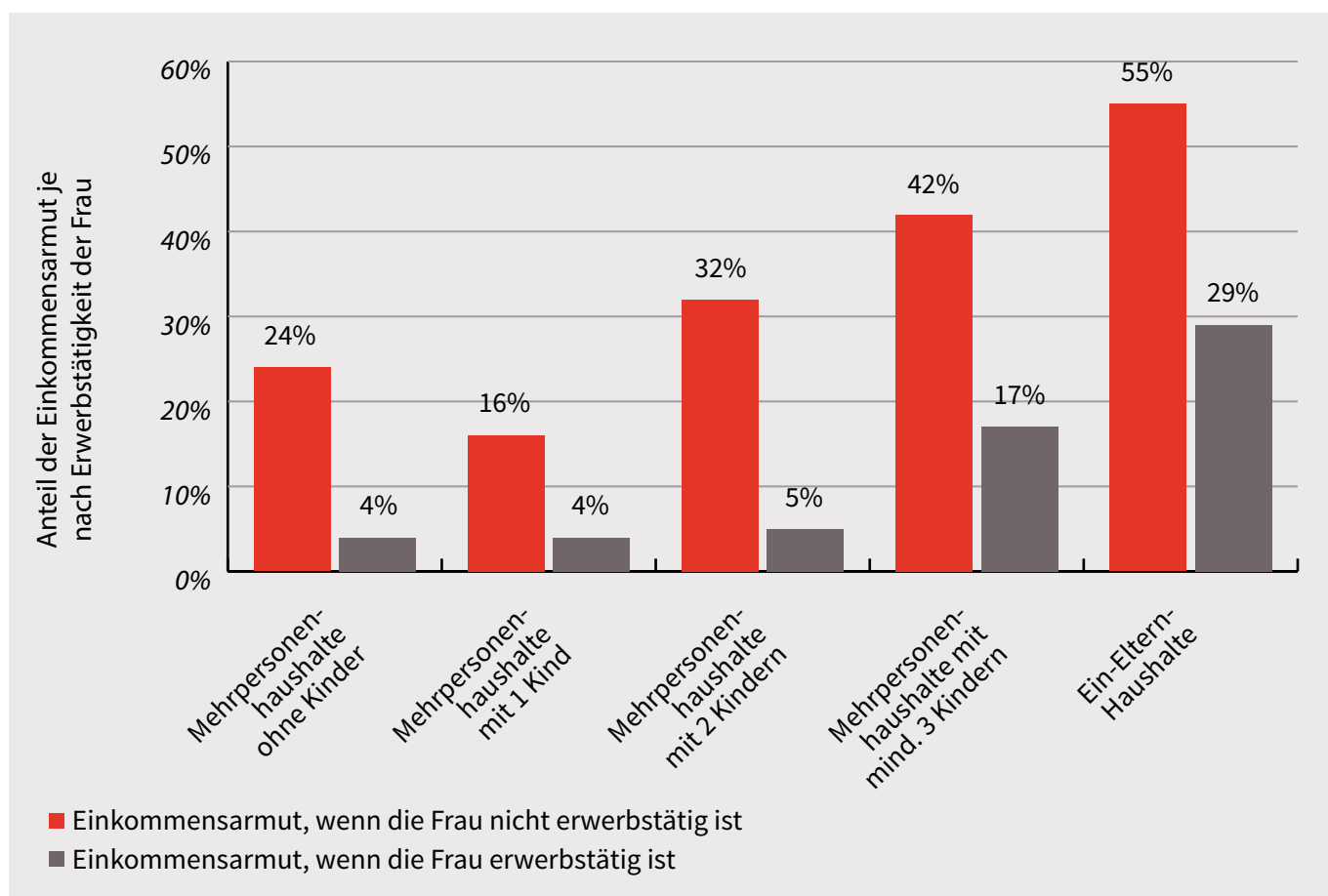
Erwerbsbeteiligung von Frauen senkt die Armutsgefährdung erheblich

Bei der Armutsreduktion in Familien kommt vor allem der Erwerbsbeteiligung von Frauen große Bedeutung zu. Sie tragen damit zum Haushaltseinkommen bei.

Betreuungs- und Versorgungspflichten sowie ein unzureichendes Angebot an familienkompatiblen Arbeitsplätzen sind jedoch Gründe, warum viele Frauen nach wie vor maximal in Teilzeit arbeiten.

Dabei zeigt die Statistik deutlich, dass in Familien, in denen die Frauen erwerbstätig sind, das Armutsrisiko sinkt. Dies gilt v.a. für Mehrpersonenhaushalte mit max. 2 Kindern. So sinkt in einem Mehrpersonenhaushalt mit zwei Kindern das Risiko der Einkommensarmut von 32% auf 5%, wenn die Frau erwerbstätig ist.

Einkommensarmut in Haushalten ist deutlich niedriger, wenn Frauen erwerbstätig sind



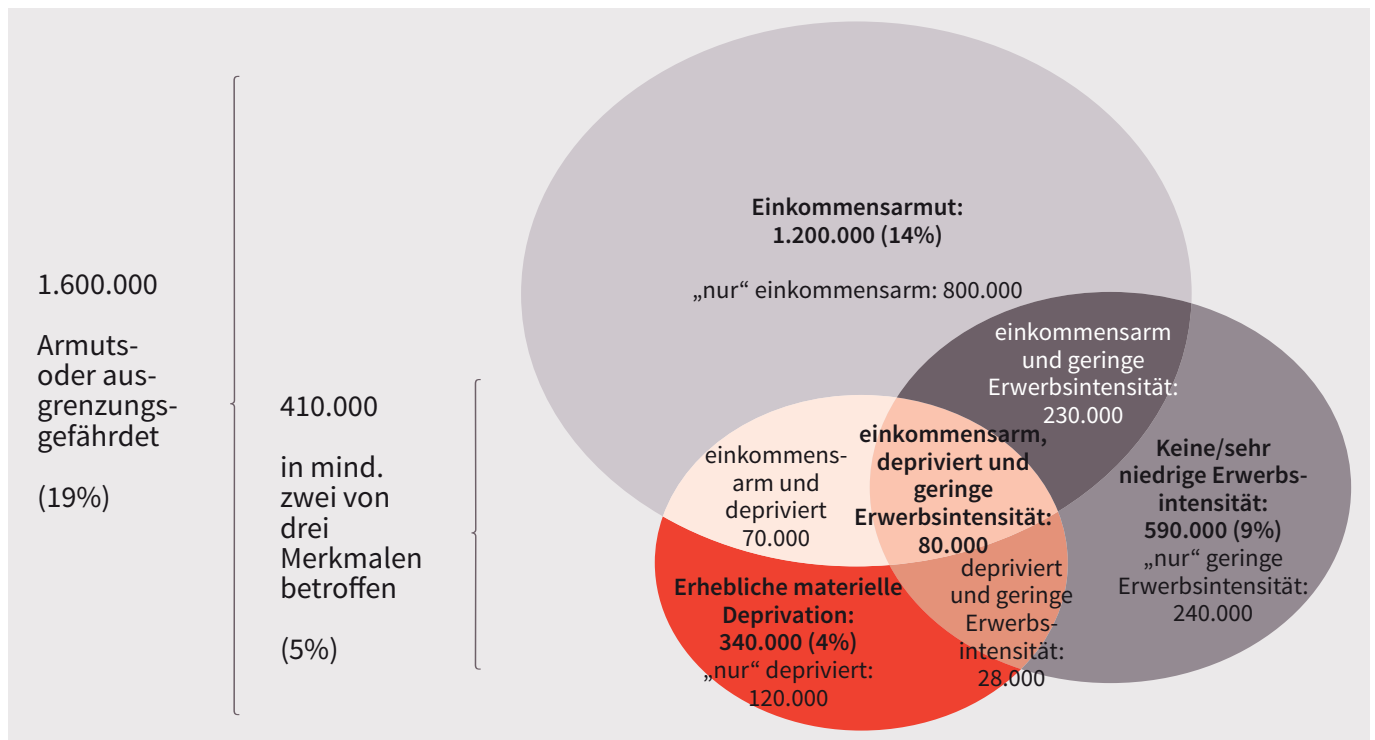
Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014

In Ein-Eltern-Haushalten und in Haushalten mit 3 Kindern ist ein Erwerbseinkommen der Frau kein völliger Garant für einen ausreichenden Lebensstandard: Trotz Erwerbsbeteiligung sind Kinder und ihr allein-erziehender Elternteil zu 29% einkommensarm, in kinderreichen Familien zu 17%.

1.600.000 Menschen sind in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet

Festhalten lässt sich somit, dass über eineinhalb Millionen Menschen (1.600.000) in Österreich von zumindest einem der drei Kriterien (Einkommensarmut, erhebliche materielle Deprivation, zu geringe Erwerbseinbindung) betroffen sind.

Armut und soziale Ausgrenzung treten in unterschiedlichen Betroffenheiten und Intensitäten auf



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014

Ein Viertel der Personen, die von Armut auf die eine oder andere Art betroffen sind, sind Kinder. Insgesamt sind in Österreich 410.000 Kinder und Jugendliche, 680.000 Frauen und 520.000 Männer, das sind 19% der Bevölkerung, von Armut oder Ausgrenzung bedroht.

Weiters fällt auf, dass in Haushalten, in denen nur Frauen leben, die Risikoquoten höher sind: 29% der alleinlebenden Frauen in Haushalten mit Pension sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet – im Vergleich zu 19% derselben männlichen Bevölkerungsgruppe. In Ein-Eltern-Haushalten liegt das Armuts- und Ausgrenzungsrisiko bei 48%.

Besonders benachteiligte Lebenslagen

410.000 Personen von mehreren Armutsrisiken betroffen

Drei Viertel aller Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten sind „nur“ von einem der drei Kriterien betroffen. 410.000 Menschen in Österreich leben hingegen in Haushalten, auf die zumindest zwei der genannten Kriterien zutreffen. Diese Personen werden als „manifest“ arm bezeichnet.

Darunter gibt es 80.000 Personen, auf die alle drei Kriterien zutreffen. Sie sind sowohl in Bezug auf ihr Einkommen armutsgefährdet, leiden gleichzeitig unter erheblicher Deprivation und leben zudem in einem Haushalt mit keiner oder einer niedrigen Erwerbsintensität. 1% der Bevölkerung ist davon betroffen.

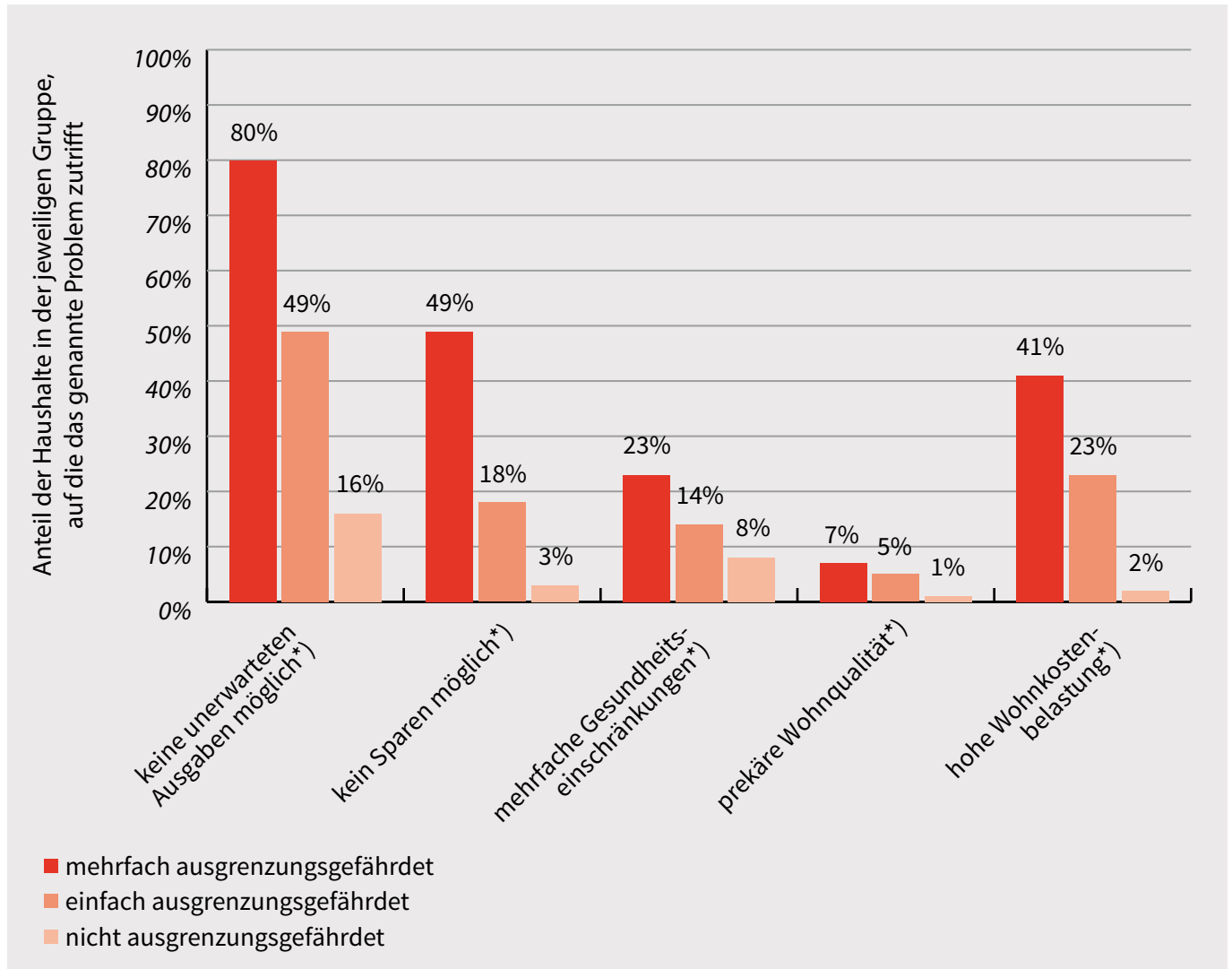
Lebensbedingungen von Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten deutlich schlechter

Die 410.000 Personen, die von mehr als einem Armutsrisiko betroffen sind, leben unter deutlich schlechteren Lebensbedingungen als andere Gruppen. Sie können etwa fünf Mal so oft unerwartete Ausgaben nicht tätigen wie Personen ohne Armuts- und Ausgrenzungsrisiko. Gleichzeitig haben sie nur geringe Chancen zur Verbesserung ihrer Situation: Rund die Hälfte aller Personen in dieser Gruppe schafft es nicht, wenigstens 15 EUR pro Monat auf die Seite zu legen.

Unterschiede gibt es auch bei Wohnqualität und -kosten: Personen mit mehrfachem Armutsrisiko leben deutlich öfter in prekärer Wohnqualität. Wohnkosten werden für armutsgefährdete Haushalte (sowohl mit Einfach- als auch mit Mehrfachbelastung) zum großen Problem. Über 40% aller mehrfach ausgegrenzten Personen müssen mehr als 40% ihres Haushaltsbudgets zur Abdeckung der Wohnkosten aufwenden.

So verwundert es nicht weiter, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit mit zunehmendem Armutsrisiko sinkt: Personen ohne Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung geben auf einer Skala von 0 („gar nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“) ihrem Leben eine Note von 8,0. Wer von einer Ausgrenzungsgefährdung betroffen ist, gibt die Note 7,3. Wer hingegen mehrfach ausgegrenzt ist, gibt nur die Note 6,1.

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung geht mit insgesamt deutlich schlechteren Lebensbedingungen Hand in Hand



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014.

- *) **unerwartete Ausgaben:** Der Haushalt kann es sich nicht leisten unerwartete Ausgaben bis zu 1.100 EUR zu finanzieren (z.B. für Reparaturen).
- **kein Sparen möglich:** In einem Haushalt kann keine Person über 15 Jahren mindestens 15 Euro im Monat sparen.
- **mehrfache Gesundheitseinschränkungen:** Sie liegen vor, wenn mindestens zwei der folgenden drei Merkmale auf eine Person zutreffen: sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung), chronische Krankheit, starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr
- **prekäre Wohnqualität:** Berücksichtigt wird, ob die Wohnung mit einem Badezimmer bzw. einem WC ausgestattet ist, eine Waschmaschine vorhanden ist, es in der Wohnung Probleme durch Feuchtigkeit, Schimmel und Fäulnis oder durch dunkle Räume gibt.
- **hohe Wohnkostenbelastung:** Überschreitet der Wohnkostenanteil inklusive Energiekosten 40% des Haushaltseinkommens, wird von hoher Wohnkostenbelastung gesprochen.

Auch der Gesundheitszustand hängt stark mit der Intensität des Ausgrenzungsrisikos zusammen. Wer nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet ist, hat zu 8% mit mehrfachen gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu kämpfen. Wer von einem Armutsrisiko betroffen ist, hat in 14% der Fälle auch mehrfache gesundheitliche Beeinträchtigungen. In Haushalten mit mehr als einem Armutskriterium trifft dies hingegen auf 23% der Personen zu.

Eine Million Menschen haben längerfristige Einschränkungen ihres Lebensstandards

Armut kann vorübergehend oder dauerhaft sein. Zwei Drittel aller Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten leben in ihrer jeweiligen Problemlage bereits seit mindestens einem Jahr oder sogar länger.

Von besonders hohem Ausmaß sozialer Benachteiligung ist auszugehen, wenn eine erhöhte Intensität der Armutslagen – also das Zutreffen von mindestens zwei der Armutskriterien – mehr als zwei Jahre andauert. Im Jahr 2014 traf dies auf 3% der Bevölkerung bzw. 250.000 Personen in Österreich zu.

„Europa 2020“-Ziel: Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Bis 2020 soll es 235.000 weniger Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in Österreich geben

In der Europäischen Union soll Armut deutlich verringert werden – laut der Strategie „Europa 2020“ sollen bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Millionen Menschen weniger in Armut oder sozialen Gefährdungslagen leben.

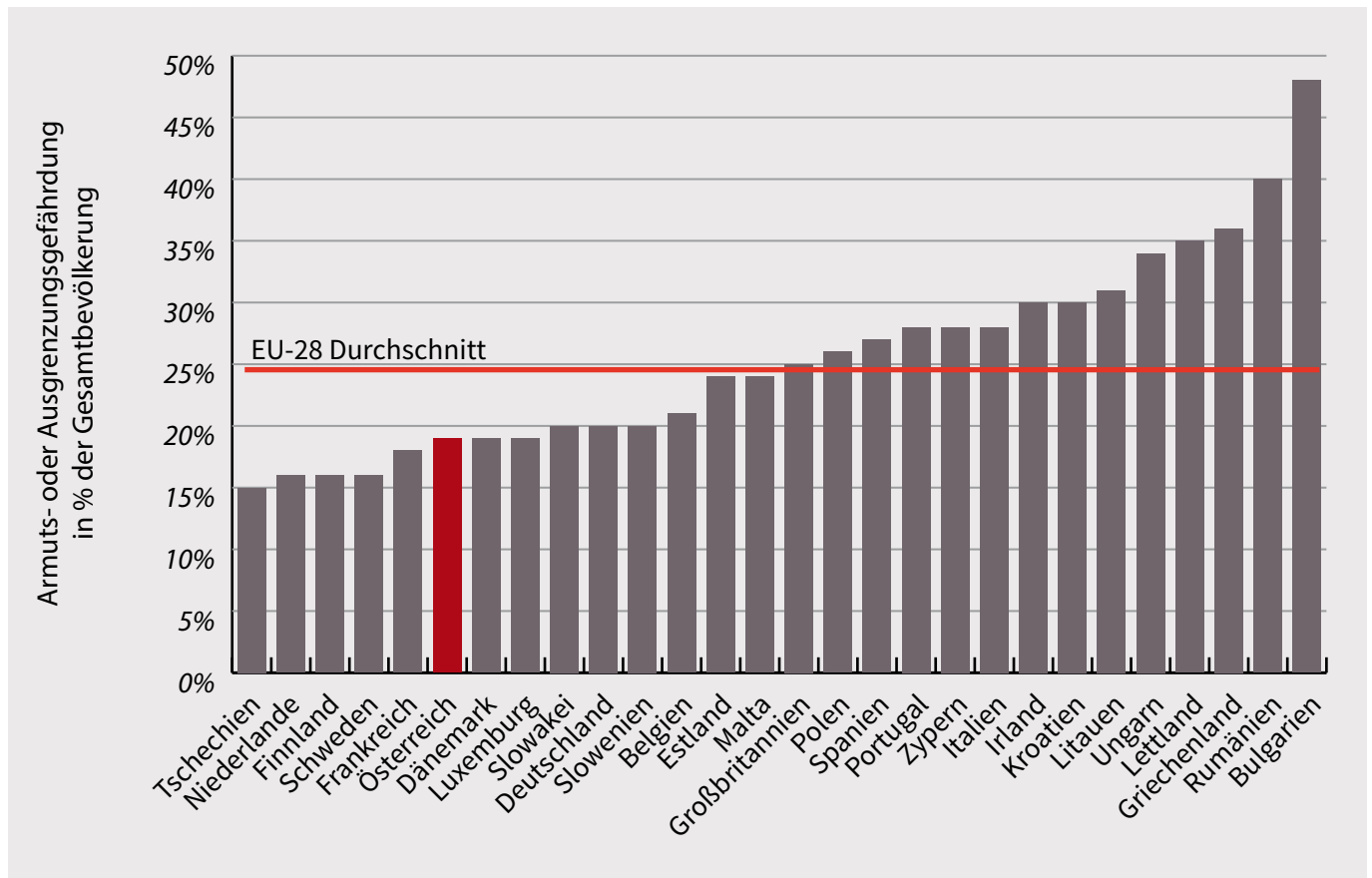
Legt man dieses Ziel auf Österreich um, so soll die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um mindestens 235.000 Personen verringert werden.

Österreich liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt ...

Im Jahr 2013 waren 123 Millionen Personen (bzw. 25% der Bevölkerung) in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, gegenüber 24% im Jahr 2008.

Mit einer Quote von 19% an Armuts- oder Ausgrenzungsbedrohten lag Österreich 2013 somit deutlich unter dem EU-Schnitt. Die niedrigsten Quoten wiesen Tschechien, die Niederlande, Finnland und Schweden mit jeweils zwischen 15% und 16% auf, die weitaus höchste hatte Bulgarien mit 48%.

Österreich bei Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung unter dem EU-Schnitt



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013

... und ist auf einem realistischen Weg der Zielerreichung

In Österreich weist die Entwicklung der Quoten der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung eine sinkende Tendenz auf: Waren 2008 noch 21% der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, waren es 2014 19%. Das Europa 2020-Ziel der Reduktion der Zielgruppe um 235.000 Personen ist für Österreich also durchaus erreichbar. Insgesamt hat sich in der EU die soziale Lage verschärft, was sicherlich auch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist.

Anhang: Wie die Statistik die Einkommen einteilt

Berechnung von Haushaltseinkommen: Alle Einkommen ...

Die materielle Situation einer Person ist von der Einkommenssituation des Haushalts abhängig, in der sie lebt. Zur Beurteilung des Lebensstandards werden daher Haushaltseinkommen betrachtet. Diese werden berechnet, in dem man alle Einkommen, die an irgendein Haushaltsmitglied während eines ganzen Jahres fließen, zusammenrechnet – dazu zählen Erwerbseinkommen, Pensionen, Kapitalerträge und allfällige Sozialleistungen sowie auch Unterhaltsleistungen und dergleichen. Davon werden dann Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

... dividiert durch die Haushaltsgröße ...

Haushalte sind unterschiedlich groß: Wie viel sich ein Haushalt leisten kann, wird einerseits davon abhängen, wie viel Einkommen die Haushaltsmitglieder erzielen und aus wie vielen Personen der Haushalt besteht. Das verfügbare Einkommen muss daher nach dem Bedarf des Haushalts gewichtet werden.

Dabei wird angenommen, dass ein größerer Haushalt bestimmte Haushaltsgegenstände gemeinsam nutzen kann und deshalb der Bedarf z.B. eines Zweipersonenhaushalts nicht doppelt so hoch wie der eines Einpersonenhaushalts ist: Eine alleinlebende erwachsene Person wird mit 1 gewichtet, jede/r weitere Erwachsene mit 0,5; Kinder unter 14 Jahren bekommen ein Gewicht von 0,3.

Rechenbeispiel:

Das verfügbare Nettoeinkommen in zwei Haushalten ist 2.500 EUR im Monat. In einem Haushalt wohnen zwei Erwachsene alleine, im zweiten Haushalt wohnen die beiden Erwachsenen mit zwei Kindern.

Das so genannte Äquivalenzeinkommen (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) beträgt für Haushalt 1:

$$2.500 \text{ EUR} : (1 + 0,5) = 1.667 \text{ EUR}$$

$$\text{für Haushalt 2: } 2.500 \text{ EUR} : (1 + 0,5 + 0,3 + 0,3) = 1.190 \text{ EUR.}$$

Anmerkung: Für eine Alleinerzieherin mit einem Kind würde das Äquivalenzeinkommen in diesem Beispiel $2.500 \text{ EUR} : (1 + 0,3) = 1.923 \text{ EUR}$ betragen. Allerdings müsste diese Mutter alleine 2.500 EUR an verfügbarem Einkommen zusammenbringen, während in den beiden anderen Fällen zwei mögliche VerdienerInnen vorhanden sind.

... und dann nach dem Einkommen gereiht ...

Die so berechneten Pro-Kopf Haushaltseinkommen werden nun der Größe nach sortiert und der Median berechnet: Dies ist derjenige Wert, unter und über dem jeweils die Hälfte der Personen mit ihrem Einkommen liegt.

2014 betrug der Median der äquivalisierten Haushaltseinkommen 23.211 EUR im Jahr, d.h. der Hälfte der Personen in Privathaushalten stand weniger, der anderen Hälfte mehr als dieser gewichtete Pro-Kopf-Betrag zur Verfügung.

... um die Armutsgefährdungsschwelle zu errechnen

60% dieses Medianeinkommens sind die Armutsgefährdungsschwelle, das sind für einen Einpersonenhaushalt 13.926 EUR im Jahr bzw. 1.161 EUR im Monatszwölftel. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um monatlich 580 EUR für jedes Kind unter 14 Jahren um 348 Euro.

Mehr Informationen

Zu diesem Thema wurde ein **gleichnamiger Folder** erstellt. Weitere Informationen finden Sie im Sozialbericht 2013-14:

www.sozialministerium.at > *Soziales* > *Allgemeine Sozialpolitik* > *Sozialberichte*

und in den Ergebnissen zu EU-SILC: www.sozialministerium.at > *Soziales* > *Allgemeine Sozialpolitik* > *Armut*

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT, SOZIALES
UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel.: +43 1 711 00 - 0

sozialministerium.at